



## Musik! Bitte!



Vorlesungsbeginn einmal anders: Mit dem berühmten „Lacrimosa“ aus Mozarts Requiem ‚flashten‘ Chor und Orchester des Collegium musicum den Hofgarten am Dienstagmorgen. Studentische Musiker machten so auf die ungewisse Zukunft der für die Universität Bonn zentralen Einrichtung studentischer Musikkultur aufmerksam.

Dieser droht durch die Nichtbesetzung der Stelle des Akademischen Musikdirektors im Sommersemester 2014 die Schließung: Schlösser wurden ausgetauscht und Chor und Orchester die Nutzung universitärer Probenräume untersagt. Mitglieder der beiden größten Musikensembles der Universität Bonn sind damit in diesem Semester im wahrsten Sinne des Wortes ausgesperrt.

Seit über 60 Jahren bietet das Collegium musicum Studierenden künstlerischen wie demokratischen Freiraum: Über 400 Studierende aller Fachrichtungen musizieren hier ge-

meinsam auf hohem Niveau – teils eigenständig, teils in festen Ensemblestrukturen. Mit seinen vielfältigen musikalischen Aktivitäten ist es fester Bestandteil des universitären wie städtischen Kulturlebens.

Dass diese Institution vom Rektorat aufs Spiel gesetzt wird, ist ein Armutszeugnis für unsere Universität. Ein konstruktiver Dialog mit VertreterInnen der betroffenen Ensembles wird von Seiten des Rektorats verweigert. Stattdessen tritt die Universität mit Pressemitteilungen an die Öffentlichkeit. „Der Kulturbetrieb soll ausgeweitet werden“ – wie aber, wenn den beiden größten Ensembles der universitären Musiklandschaft in diesem Semester der Probenbetrieb verwehrt bleibt?

Chor und Orchester aber musizieren weiter – und das direkt vor dem Rektorat. Mit Mozarts Lacrimosa setzen sie ein Zeichen: Sie wollen, dass studentische Musik dort bleibt, wo sie hingehört, nämlich an un-

### Info

Die neue AStA-Fahrradwerkstatt ist ab sofort Mo-Fr von 10-15 Uhr für euch geöffnet. Sie befindet sich in der Endenicher Allee 60 (Poppelsdorf) und alle Reparaturkosten belaufen sich lediglich auf den Materialpreis.

### Info

Die Gesellschaft zur Förderung des studentischen Musizierens veranstaltet am 2. Mai mit Chor und Orchester des Collegium musicum um 20 Uhr ein Benefizkonzert mit dem Verdi-Requiem in der Bonner Kreuzkirche.

Nr. 717 - 15. April 2014



sere Universität. Darum organisieren sie in diesem Semester ihren Probenbetrieb mit Unterstützung von Seiten des AStA und der Gesellschaft zur Förderung für studentisches Musizieren e.V. Übergangsweise eigenständig.

Studentische Musiker aber hoffen, das Collegium musicum als Institution an ihrer Alma mater langfristig wahren zu können. Mögen die klagenden Töne der musikalischen Protestaktion bis zum obersten Stock des Hauptgebäudes gedrun-

gen sein – damit Konzertbegeisterte Chor und Orchester zukünftig wieder in der Aula applaudieren können.

## Rektorat trifft folgenschwere Grundsatzentscheidung Collegium musicum hinter verschlossenen Türen abgeschafft?

*Reaktion von Chor und Orchester des Collegium musicum auf die Mitteilung des Rektorates*

Die Presseabteilung der Universität Bonn veröffentlichte heute Morgen eine Mitteilung mit den Ergebnissen der Rektoratssitzung, die sich mit der Zukunft des Collegium musicum beschäftigte. Auf den ersten Blick erscheint die von der Universität veröffentlichte Stellungnahme ein gutes Zeichen auf dem Weg zur Wiederherstellung des musikalischen Lebens an der Universität. Auf den zweiten Blick ist erkennbar: Konkrete Pläne zur Fortführung des Collegium musicum gibt es nicht. Die zentrale Einrichtung studentischer Musikkultur stünde damit vor dem Aus. Die Gewährleistung künstlerischer wie finanzieller Freiheiten, eine Interessenvertretung aller studentischen Musikensembles durch einen Akademischen Musikdirektor – Strukturen die zukünftig an der Universität offensichtlich nicht mehr gewollt sind. Die Mitteilung der Universität ist irreführend, wage und enttäuschend, kommentieren Mitglieder von Chor und Orchester des Collegium musicum die Stellungnahme der Hochschule.

**Zukunft der Stelle „Akademischer Musikdirektor“ ungewiss**  
Weiter heißt es, dass Rektorat habe „die neue Position zügig besetzen“ wollen. Hierbei bleibt unklar, war-

um es sich um eine neue Position handelt. Die bisherige Position des Akademischen Musikdirektors findet keine Erwähnung. Vielmehr ist die Rede von einem „Chor- und Orchesterleiter“. Ebenso sucht man vergebens nach konkreten Aussagen zur Zukunft des Collegium musicum. Gerade dies stand aber auf der Tagesordnung der Sondersitzung des Rektorats, die lange auf sich warten ließ. Es drängt sich damit die Befürchtung auf, die eigentliche „Grundsatzentscheidung“ sei die Auflösung des Collegium musicum sowie die Streichung der Stelle des Akademischen Musikdirektors. Eine Einbindung studentischer Vertreter bei der Besetzung und Ausgestaltung der Stelle ist zudem nicht vorgesehen.

### **Künstlerische Kontinuität trotz Generalpause?**

In der Pressemitteilung wird weiterhin behauptet, „eine interimistische Lösung sei schon aus Rücksicht auf die für die künstlerische Entfaltung so wichtige Kontinuität nicht in Betracht gekommen.“ Dies ist eine grobe Fehleinschätzung: Für die künstlerische Entfaltung ist Kontinuität zwar wichtig, existenziell ist jedoch der Probenbetrieb. Dieser sollte nach dem Willen der Universitätsleitung im Sommersemester

2014 aber gerade ausgesetzt werden. Nun proben Chor und Orchester aufgrund enormer Eigeninitiative und breiter Unterstützung von Seiten der Studierendenschaft, der Gesellschaft für studentisches Musizieren e.V. und der Öffentlichkeit in diesem Semester auf eigene Faust außerhalb der Universität.

### **Uneinigkeit im Bezug zu Nachfolgern war kein Grund für das Scheitern des Auswahlverfahrens**

Die studentischen Vertreter der Berufungskommission möchten sich darüber hinaus explizit gegen die Darstellung wehren, dass „das Gremium sich nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen konnte.“ Die Vorauswahl der Kandidaten verlief im gegenseitigen Einvernehmen. Das Berufungsverfahren ist unerwartet kurzfristig vor den Probedirigaten aus einem ganz anderen Grund gescheitert: Das Rektorat bzw. der Kommissionsvorsitzende hat erst zwei Tage vor den angesetzten Probedirigaten bekannt gegeben, dass sie keinen Sachverständigen für Orchesterleitung für die Auswahlkommission gewinnen konnten. Bis auf einen professionellen Chorleiter bestand die Kommission ausschließlich aus musikalischen

Laien und fachfremden Personen. Die studentischen Vertreter hatten frühzeitig auf diesen Missstand hingewiesen und verschiedene Sachverständige vorgeschlagen.

### **Mangelnde Kommunikationsbereitschaft**

Bis zum Abbruch des Verfahrens haben die studentischen Vertreter die Zusammenarbeit als harmonisch und konstruktiv empfunden, dies wurde von ProfessorInnen aus der Berufungskommission auch entsprechend zurückgemeldet. Nach der Auflösung der Kommission jedoch lehnte der Rektor eine weitere Kommunikation in einer sehr scharfen Mail ab. Zudem wurden die studentischen Vertreter nicht darüber in Kenntnis gesetzt,

dass der Leiter der Berufungskommission dem Rektorat empfohlen hat, „ohne Votum der Kommission über die Besetzung zu entscheiden.“ Trotz mehrfacher Nachfrage haben die studentischen Vertreter außerdem bis heute kein Protokoll der letzten Kommissionssitzung erhalten.

Fazit:

Die Presseerklärung lässt viele Fragen offen und eine fatale Entwicklung befürchten. Das Rektorat kündigt zwar einen Dialog an, hat aber offensichtlich die Entscheidung über die zentrale Umstrukturierung des Kulturlebens bereits getroffen, ohne mit den Studierenden in direkte Kommunikation zu treten.

Dies spricht nicht für ein Umdenken im Rektorat. Dennoch haben wir durch unsere Initiative viel erreicht; die entfachte Energie werden wir weiter einbringen und für echtes studentisches Musizieren an der Universität Bonn kämpfen.

Unterstütze auch du das Collegium musicum und unterschreibe die Online-Petition:

<https://www.openpetition.de/petition/online/generalpause-nein-danke>

## Ein SP-Antrag und seine weitreichenden Folgen

### Ein Antrag zu Ausschussgrößen spaltet das Studierendenparlament

Alles begann auf der konstituierenden Sitzung des 36. Bonner Studierendenparlaments am 29.01.2014. Der RCDS und die Juso-Hochschulgruppe brachten einen Antrag ein, der im Verlauf der Auseinandersetzung zu mehreren Ältestenratsitzungen, dem Gang vor das Verwaltungsgericht in Köln durch die Juso-Hochschulgruppe und einen Misstrauensantrag gegen Michael Fengler als 1. SP-Sprecher zur Folge hatte. Um die Ereignisse am besten aufzubereiten, lassen wir die Beteiligten zu den jeweiligen Themen selbst zu Wort kommen:

**Matthias Rübo (RCDS):** „Der Antrag zu den Ausschussgrößen sollte den Missstand (Spiegelbildlichkeit), den wir in den aktuellen Ausschuss-

*größen sehen, beheben. Wir haben in diesem Punkt den Standpunkt vertreten, dass die Satzung gegen höheres Recht verstößt und deshalb an dieser Stelle nicht greift.“*

**Frederik Traut (Jusos):** „Der Antrag war meiner Meinung nach ein schneller und einfacher Weg, die Problematik der Ausschussbesetzungen zu bereinigen bzw. gar nicht erst aufkommen zu lassen. Auch wurden, nach allen mir vorliegenden Informationen, die anderen Gruppen vorher über das Vorhaben informiert. Entsprechende Bedenken wurden mir aber erst in der Sitzung selbst vorgetragen.“

**Armin Schäfers (LHG):** „Die Spielregeln, die man vor einer Wahl aus-

*gemacht hat, haben selbstverständlich auch danach zu gelten. Daher war es schon grob undemokratisch von Juso-HSG und RCDS mit einer einfachen Mehrheit diese Regeln nur für den eigenen Vorteil außer Kraft setzen zu wollen.“*

**Marco Penz (GHG):** „Die Satzung der Studierendenschaft regelt klar, welche Ausschüsse und in welcher Größe diese zu bilden sind. Es wurde einfach behauptet, die Satzung sei verfassungswidrig, was ich damals schon bezweifelt habe. Das Studierendenparlament hat sich in erster Linie an die Satzung zu halten. Sollten begründete Zweifel an der Vereinbarkeit der Satzung mit höherrangigem Recht bestehen, dann kann dies nur Anlass für eine

Satzungsänderung sein. Es kann aber nicht sein, dass eine knappe Mehrheit im SP meint, sich das Recht rausnehmen zu können, die Ausschüsse so festzulegen, dass für sie ein günstiges Ergebnis dabei rauskommt.“

**Christoph Grenz (Piraten):** „Zwar haben auch wir erkannt, dass an dieser Stelle Handlungsbedarf besteht, aber halten einen Antrag, so wie er im SP gestellt wurde, für die falsche Lösung. Die bestehende Satzung kann nicht einfach durch das SP übergangen werden und deshalb haben wir auf der folgenden Sitzung einen SP-Antrag eingebracht, der einen Satzungsausschuss mit dem Finden einer möglichst für alle Parteien befriedigenden Lösung beauftragt. Dieser Antrag wurde auch vom SP angenommen.“

RCDS und Juso-HSG haben den Antrag mit knapper Stimmmehrheit beschlossen und die Ausschüsse mit nun 7 statt wie in der Satzung der Studierendenschaft unter §12 Abs. 2 vorgeschriebenen Größe von 5 Mitgliedern besetzt. Unmittelbar nach der Sitzung wandte sich Marco Penz (GHG) an den Ältestenrat, der seinem Antrag auf Unvereinbarkeit mit der Satzung recht gab und die Entscheidung des SPs zu den Ausschussgrößen aufhob, sodass diese neu besetzt werden mussten. Auf die Frage, ob die Satzung an dieser Stelle gegen höheres Recht verstieße, wurde eine Entscheidung zunächst vertagt. Dazu gab es folgende Reaktionen:

**Matthias Rübo (RCDS):** „Wir können den Beschluss nachvollziehen, teilen die Auffassung aber nicht und finden es Unglücklich, dass der Ältestenrat nicht erst ein Gutachten abgewartet hat.“

**Frederik Traut (Jusos):** „Der Begründung durch den Ältestenrat, diesen Beschluss aufzuheben, war meiner Meinung nach absolut nicht nachvollziehbar, da hier ein Zirkelschluss vollzogen wurde und somit die Begründung sich quasi selbst begründet. Einen Beschluss aufzuheben, weil man nicht direkt entscheiden kann, ob der Beschluss rechtmäßig war oder nicht, ist ja ungefähr so als würde ein Gericht jemanden erst einmal verurteilen, weil man erst einmal klären muss wie die Rechtslage aussieht.“

Vom Ältestenrat wurde dazu ein Gutachten von Prof. Dr. Pieroth eingeholt, in dem es in einer Urteilsbegründung des Ältestenrats wie folgt heißt: „In seinem Gutachten zur Frage der Vereinbarkeit des § 12 Abs. 2 StS stellt Herr Prof. Dr. Pieroth heraus, dass sich der aus Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG ergebende Grundsatz der Spiegelbildlichkeit auch für das Studierendenparlament maßgeblich zu halten sei. Gleichzeitig unterstreicht er jedoch auch die Unterschiede zwischen dem Studierendenparlament und dem deutschen Bundestag, an dem sich die Rechtsprechung zu diesem Grundsatz entfaltet. Dabei verweist er sowohl auf die unterschiedliche absolute Größe (43 gegenüber mehr als 600 Mitgliedern) als auch auf die unterschiedliche relative Größe der Ausschüsse gegenüber dem Plenum (der kleinste mögliche Ausschuss des Studierendenparlaments hat 3 von 43 Mitgliedern, was ca. 7 % entspricht. Der größte Ausschuss des Bundestags hat 41 Mitglieder, was auch etwa 7% der Mitglieder entspricht). [...] Die Größe der Ausschüsse ist ausreichend, da sie relativ ausreichend groß gestaltet sind und ihre Größe der eingeschränkten Befugnisse angemessen erscheinen. Die unzureichende Darstellung

der Mehrheitsverhältnisse des Studierendenparlaments in den Ausschüssen ergibt sich jedoch aus der Größe dieser und dem Besetzungsverfahren. [...] Eine Unvereinbarkeit des § 12 StS mit höherem Recht kann daher nicht festgestellt werden.“

Bereits gegen das erste Urteil des Ältestenrats, den Beschluss des SP und die Besetzung der Ausschüsse zurückzunehmen, zog die Juso-HSG unter Fraktionsführer Frederik Traut am 20. Februar vor das Verwaltungsgericht (VG) in Köln. In dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Sicherungsanordnung, der sich gegen das SP, die Studierendenschaft und den Ältestenrat richtet, geht es unter anderem darum, dass das VG feststellen solle, dass der Beschluss des Ältestenrats rechtswidrig sei, sich die Ausschüsse wie zuvor besetzt konstituieren sollen und dass „ein Ordnungsgeld bis zu EUR 250.000,00 und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft bis zu sechs Monaten“ im Falle einer Zuwiderhandlung angedroht wird. Das Verwaltungsgericht wies jedoch sämtliche Anträge ab und begründete dies unter anderem damit, dass den Ausschüssen im SP „keine Legislativfunktion zukommt“. Ausserdem sei die Ausschussbesetzung nach dem verwendeten Verfahren „die Folge des demokratisch zustande gekommenen Wahlergebnisses und von den Fraktionen grundsätzlich hinzunehmen. Den im Studierendenparlament vertretenen Fraktionen steht es mit anderen Worten nicht zu, mit einfacher Mehrheit die in der Satzung der Studierendenschaft grundsätzlich vorgegebene Größe der Ausschüsse so zu modifizieren, bis das Ergebnis ‚passt‘“ (Beschluss vom 26.02.2014).

Die Meinungen dazu:

**Alena Schmitz (GHG):** Den Antrag an das Verwaltungsgericht halte ich, unabhängig von der natürlich bestehenden Legitimation eines Widerspruchs gegen eine Entscheidung des Ältestenrats, für absolut überflüssig. [...] Insbesondere der Antrag gegen die Studierendenschaft, vertreten durch mich, war von vornherein ohne Aussicht auf Erfolg - immerhin hat der AStA gar nicht die Kompetenzen, Ausschüsse des Studierendenparlaments einzusetzen. Auch der Versuch, dem AStA-Vorsitz nun einen Teil der Verantwortung für die Anträge an das Verwaltungsgericht zuzuweisen, weil wir [...] den widerrechtlichen Beschluss des SP nicht beanstanden haben, ist nicht stichhaltig. Ob der Vorsitz diesen Beschluss beanstandet oder der Ältestenrat, dessen Anrufung schon während der Sitzung klar war, ihn direkt wieder „kassiert“, macht in diesem Fall wirklich keinen Unterschied. Festzuhalten bleibt, dass dieser Beschluss, unabhängig von seiner inhaltlichen Idee, die im entsprechenden Ausschuss geklärt werden wird, der Satzung widerspricht und folgerichtig sowohl vom Ältestenrat als auch vom Verwaltungsgericht abgelehnt wurde.

**Frederik Traut (Jusos):** „Die Entscheidungen des Verwaltungsgericht sind so zu akzeptieren, ich empfand die Begründungen zwar als recht kurz, aber sie sind zumindest stichhaltig. Ich hätte zwar erwartet, dass das Gericht anders entscheidet, aber da waren die Auffassungen wohl zu unterschiedlich. Das Ziel der Anträge vor dem VG Köln durch die Fraktion war natürlich, die Beibehaltung des ursprünglichen SP-Beschlusses zu den Ausschussgrößen. Ich persönlich halte eine rechtliche Klärung bei solchen Streitigkeiten für durchaus legitim,

was andere Leute offensichtlich anders empfinden.“

**Armin Schäfers (LHG):** „Dass man dann aber aus bloßem Ergötzen am Rechtsstreit der Studierendenschaft Kosten verursacht, zeigt, dass die Jusos hier jede Verhältnismäßigkeit verloren haben: Man klagt, wenn bspw. ein AStA Gelder veruntreut hat, aber ganz sicher nicht wegen einer Petitesse wie der Größe von

Ausschüssen. Solche Aktionen machen es Leuten, die für die Anerkennung von Ernsthaftigkeit und Bedeutsamkeit der studentischen Mitbestimmung in der Hochschulpolitik kämpfen, wieder ein bisschen schwerer.“

**Christoph Grenz (Piraten):** „Den Schritt vor das Verwaltungsgericht halten wir für einen überflüssigen Schnellschuss. Zwar ist es durch-



Hat dem Misstrauensantrag standgehalten: Michael Fengler

aus legitim gegen eine Entscheidung des Ältestenrats zu klagen, aber hier wurden nur überflüssige Kosten für die Studierendenschaft produziert. Bereits der ursprüngliche Antrag zur Vergrößerung der Ausschüsse wurde mit einem Antrag auf sofortige Abstimmung durchgewunken und bis zur Klage wurde von der Juso-HSG keinerlei Bereitschaft zur Diskussion gezeigt. Ein solches Verhalten ist destruktiv und steht der bisherigen konstruktiven Zusammenarbeit im Studierendenparlament komplett entgegen. „

**Marco Penz (GHG):** „Sie wollten damit verhindern, dass die Ausschüsse nun so besetzt werden, wie es in der Satzung vorgesehen ist. Dadurch eskalierte die Sache noch mehr, als es ohnehin schon der Fall war. [...] Es wurde noch nicht mal versucht, eine einvernehmliche Lösung zu suchen. Besonders problematisch war dann auch noch, dass in den Anträgen der JusoHSG der derzeitige SP-Sprecher Michael Fengler als „ermächtigtes Mitglied“ genannt wurde, zu dem das Gericht bei Nachfragen doch bitte Kontakt aufnehmen möge. Hierin sehen wir eine nicht hinnehmbare Vermengung von Präsidiums- und Fraktionstätigkeit. Der SP-Sprecher ist in besonderem Maße zur Unparteilichkeit aufgerufen.“

Nachdem das Urteil des Verwaltungsgerichts bekannt wurde, kam es auf der darauffolgenden SP-Sitzung zu einem konstruktiven Misstrauensvotum von GHG und LUST gegen Michael Fengler als 1. SP-Sprecher. Im Wortlaut des Antrags heißt es in der Begründung: „Mit seinem konfrontativen und einseitig die Eigeninteressen bzw. die Interessen seiner Fraktion vertretenden Vorgehen hat Michael Fengler al-

lerdings bereits jetzt mehrfach unter Beweis gestellt, dass er zu einer überparteilichen und sachgemäßen Amtsführung nicht willens oder nicht in der Lage ist. Beispielhaft für einen offensichtlichen Interessenskonflikt sei hier seine Rolle als ermächtigter Vertreter der Fraktion der Juso Hochschulgruppe im Gerichtsverfahren gegen die Studierendenschaft genannt. Mit dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen eine Entscheidung des Ältestenrats, an welcher er offenkundig maßgeblich beteiligt ist, noch vor dem Vorliegen der offiziellen Begründung diskreditiert er zudem die Organe der Verfassten Studierendenschaft und nimmt einen erheblichen (auch finanziellen) Schaden der Studierendenschaft billigend in Kauf. Vor diesem Hintergrund ist Michael Fengler als überparteilicher Repräsentant des Studierendenparlamentes nicht mehr tragbar.“ Im Anschluss kam es zu einer längeren Personaldebatte, die mehrere Stunden dauerte und an dessen Ende der als neuer SP-Sprecher vorgeschlagene Kandidat Ronny Bittner nicht die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen für sich gewinnen konnte. Michael Fengler bleibt also weiterhin im Amt des 1. SP-Sprechers. Hier die einzelnen Meinungen zu den Vorgängen:

**Armin Schäfers (LHG):** *Michael Fengler hat sich in der Rolle des SP-Sprechers unmöglich verhalten. Eigentlich hat er in dieser Position eine zusammenführende Funktion. Es hat aber eher den Anschein, als ob sich sein ganzes Handeln - nicht nur in dieser Angelegenheit – eher daran orientiert, irgendwelche Mätzchen abzuziehen. Vielleicht wäre er also eher als Fraktionssprecher der Juso-HSG anstatt als SP-Sprecher geeignet.*

**Matthias Rübo (RCDS):** „Der Misstrauensantrag ist in unseren Augen stark übertrieben gewesen und hat unnötig Zeit des Parlaments verschwendet.“

**Jakob Horneber (GHG):** „Es ist vollkommen klar, dass auch ein Sprecher eine eigene Position vertritt und auch vertreten soll, aber dass er Streitigkeiten erst herbeiführt und dann auch noch maßgeblich zur Eskalation beiträgt, ist mit unserem Verständnis dieses Amtes nicht vereinbar. Das Vertrauen, dass Michael Fengler in seiner Amtsführung allen Mitgliedern des Parlamentes gleichermaßen gerecht wird, ist aus Sicht der grünen Hochschulgruppe nicht mehr vorhanden. Es war für uns deshalb zwangsläufig, gemeinsam mit der Liste undogmatischer StudentInnen (LUST) einen Misstrauensantrag gegen ihn zu stellen. Leider ist der Antrag trotz mehrheitlicher Annahme (18 zu 17 Stimmen) gescheitert, weil die notwendige absolute Mehrheit von 22 Stimmen verpasst wurde. Der Ausgang der Abstimmung ist dennoch durchaus bemerkenswert, zeigt er doch, dass es im Parlament nach nicht einmal zwei Monaten Amtszeit bereits eine breite Unzufriedenheit mit der Amtsführung des 1. Sprechers gibt.“

**Michael Fengler (Jusos, 1. SP-Sprecher):** „Zunächst einmal fand ich es sehr schade für Ronny, weil ich das Gefühl hatte, dass ihn da gewisse Leute instrumentalisiert haben, um ihn auf ein Himmelfahrtskommando zu schicken, weil das eigentlich schon rein rechnerisch nicht funktionieren konnte. [...] Es waren insgesamt 18 SP-Mitglieder der Ansicht, dass jemand anderes als SP-Sprecher besser wäre. Das ist eine Botschaft, die ich wahrge-

nommen habe, die ich aber trotzdem in erster Linie als politisches Manöver wahrnehme. Für mich sind die Vorwürfe, die gegen mich erhoben werden, nach wie vor nicht bestätigt. Ich kann nach wie vor mit gutem Gewissen sagen, dass ich mein Amt richtig ausgeführt habe. [...] In der aktuellen politischen Gesamtlage glaube ich, dass es ganz schwierig ist, einen Konsenskandidaten für dieses Amt zu finden.“

**Ronny Bittner (Piraten):** „Für uns bestehen seit diesen Ereignissen erhebliche Zweifel an der Eignung von Michael Fengler als 1. SP-Sprecher. Dieses Amt verpflichtet ihn in seinem Handeln zur Unparteilichkeit und durch seine Arbeit beim Antrag vor dem Verwaltungsgericht, der sich auch gegen ihn selbst als SP-Sprecher richtete, aber auch schon durch das unkritische Behandeln eines für uns offensichtlich satzungswidrigen Antrags auf der konstituierenden Sitzung, den seine Fraktion damals als einzige neben den Antragstellern des RCDS unterstützt hat, konnte man sehen, welche Probleme auftreten können, wenn der 1. SP-Sprecher eben nicht unparteiig handelt. Deshalb war es für uns nur konsequent, den Misstrauensantrag gegen ihn zu unterstützen. Das Abstimmungsergebnis ist auch insofern interessant, als das es für mich als Gegenkandidat zwar nicht die nötige absolute Mehrheit gab, aber von den Anwesenden mehr Ja-Stimmen auf mich als auf ihn entfielen. Zumindest dieser Punkt sollte ihm zu denken gegeben haben und ich hoffe, dass er für sich aus allem seine Schlüsse zieht und auch die Kritik, so harsch sie größtenteils ausfiel, für sich konstruktiv umsetzen kann.“

**Kilian Hoffmeister (LUST):** „Nach dem Misstrauensantrag ist vor dem

Misstrauensantrag.“

Neben der Aussendarstellung kann man natürlich auch um die Stimmung und Arbeitsatmosphäre innerhalb des Studierendenparlaments fürchten. Abschließend haben wir also auch Meinungen zur aktuellen Verfassung und wie es möglicherweise weitergehen kann eingeholt:

**Jakob Horneber (GHG):** „Mitnehmen sollte man aus der Situation auf jeden Fall, dass es sich immer lohnt, erst den Dialog zu suchen. Es gibt und gab in der Frage der Ausschussgrößen durchaus Gesprächsbereitschaft von allen Seiten – den satzungswidrigen Beschluss und den Antrag ans Verwaltungsgericht (nicht zu vergessen die Kosten von min. 1000€) hätte man sich mit Sicherheit sparen können. Eine gerichtliche Auseinandersetzung sollte ohnehin erst als allerletztes Mittel angestrebt werden. Immerhin hat das Gericht in seiner Begründung recht eindeutig die mangelnde Rechtskenntnis des Protagonisten aufgezeigt, sodass uns ähnliche Vorstöße in Zukunft hoffentlich erspart bleiben.“

**Matthias Rübo (RCDS):** „Das Klima ist durch Klage und Antrag zertrümmert und wir hoffen, dass die beiden Koalitionspartner sich besinnen und zu konstruktiver Arbeit zurückkehren. Gerade wenn man an unsere Außenwirkung denkt, müssen Jusos und Grüne einiges wieder gut machen.“

**Ronny Bittner (Piraten):** „Wir setzen uns immer für eine pragmatische, also lösungsorientierte Herangehensweise für Probleme jeglicher Art ein und fanden es teilweise bedenklich, aber auch schlichtweg schade, wie einzelne Hochschulgruppen sich teilweise

während der Ereignisse verhalten haben. Natürlich wird nun auch Michael Fengler als 1. SP-Sprecher noch genauer beobachtet werden, aber ich bin optimistisch, dass wir wieder zu einem guten Arbeitsklima zurückkehren, das mehr auf Dialog als auf Anschuldigungen setzt, wie es im Rahmen dieser Ereignisse der Fall war.

**Armin Schäfers (LHG):** „Das Klima ist sicherlich beeinträchtigt. Dass manche, nur weil sie gerade eine Mehrheit haben, so weit gehen, mit dieser nach Gutdünken die Satzung zu brechen, ist dem gegenseitigen Vertrauen abträglich. Dennoch sind wir immer offen, wenn andere bereit sind, Probleme konstruktiv zu lösen.“

**Frederik Traut (Jusos):** „Ich bin der Meinung, dass man möglicherweise allseitig ein bisschen zu wenig miteinander geredet hat (bzw. auch einfach zu spät) und alle Fraktionen auf ihre jeweilige Art und Weise ein wenig zur Rechthaberei neigen wodurch dann solche Situationen entstehen können. Andererseits kann man eben auch nur Politik machen, wenn man meint, das Richtige zu tun, sodass dieser Hang zur Rechthaberei eben im System selbst drinsteckt. Möglicherweise hat sich auch vielfach über die Jahre teilweise großer Frust aufgestaut und hat Kompromisslösungen unnötig erschwert. Ich denke aber, dass wir mittlerweile auf einem guten Weg sind, gegenseitiges Vertrauen wieder aufzubauen.“

Beitrag & Foto: Ronny Bittner

# Irgendwas mit...

## Ausgabe 4: Statistisches Bundesamt

Wir kennen es alle: Es müssen unbedingt noch 2 Pflichtpraktika abgeleistet werden, man will aber nicht in irgendeinem staubigen Büro Bleistifte anspitzen. Außerdem soll es sich am besten auch noch gut im Lebenslauf machen. Und dann sind da ja auch immer noch die zusätzlichen Kosten, wenn das Praktikum woanders stattfindet. Dabei wissen viele gar nicht, dass auch in Bonn und Umgebung unglaublich viele interessante Möglichkeiten bestehen. Einige davon wollen wir euch in den kommenden Wochen und Monaten kurz vorstellen.

### Statistisches Bundesamt

**Aufgaben:** Das Statistische Bundesamt stellt dem Staat, der Wirtschaft und Privaten statistische Informationen aus diversen Fachbereichen zur Verfügung. Das Amt arbeitet objektiv und unabhängig um möglichst verlässliche Informa-

tionen für Entscheidungen, Willensbildungsprozesse usw. bereitstellen zu können. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes ist zugleich auch der Bundeswahlleiter. Auf internationaler Ebene ist das Statistische Bundesamt in Statistikgremien der EU, OECD und der Vereinten Nationen vertreten. Die Statistiken des Bundesamtes werden in folgenden Schritten erstellt: 1. methodische und technische Vorbereitung der Statistik, 2. Datenerhebung und Verarbeitung, 3. Publikation der Ergebnisse. Neben dem Hauptsitz in Wiesbaden, unterhält das Statistische Bundesamt Zweigstellen in Bonn und Berlin. Während des Praktikums sollen laut Internetpräsenz Kenntnisse aus dem Studium angewandt und vertieft werden, auch damit ihr als potenzielle Nachwuchskräfte einen guten Einblick in die Arbeit des Amtes bekommt.

**Zielgruppe:** Laut Internetauftritt besteht die Möglichkeit eines Praktikums für die verschiedensten Studienrichtungen (auch aus dem naturwissenschaftlichen Bereich!). Explizit genannt: mal wieder die Juristen...

Studis mit Pflichtpraktika werden bevorzugt, obligatorisch ist die Einordnung als Pflichtpraktikum aber wohl nicht. Konkrete Praktika werden auf der Homepage des Amtes ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)) ausgeschrieben aber auch Initiativbewerbungen sind möglich.

Besonderes „Extra“: Das Amt gehört zu den öffentlichen Stellen, die für das Praktikum „in der Regel“ 300,00 €/Monat zahlen.

**Bewerbungsadresse:**  
Statistisches Bundesamt  
- Personalgewinnung -  
Gustav-Stresemann-Ring 11  
65189 Wiesbaden

*Marco Klein*

## Impressum

Redaktion:  
Jan Bachmann, Ronny Bittner,  
Isabell Helger, Alyoscha Jans, Katja  
Kernitz, Sven Zemanek,  
Charlotte Schwarzer-Geraedts

V.i.S.d.P.: Alena Schmitz  
Kontakt: [basta@uni-bonn.de](mailto:basta@uni-bonn.de)  
AStA der Universität Bonn  
[www.asta-bonn.de](http://www.asta-bonn.de)

Druck:  
kessoprint bonn  
Auflage: 2.000

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzung von Artikeln und Leserbriefen vor. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:  
**Mo, 21.04.2014, 12 Uhr**

# General Verschweiger

Der folgende Text erschien nicht im Bonner „General Anzeiger“

Nach der Veröffentlichung einer Erklärung gegen die so genannte Henry Kissinger Professur, die in kurzer Zeit über 1000 Unterschriften vorweisen konnte, und der Übergabe eines von mehr als 100 Wissenschaftlern unterschriebenen Offenen Briefes an die Universität, sowie die finanzierenden Ministerien (Verteidigung und Äußeres) steigerte sich die Medienaufmerksamkeit für die Bonner Professur in kürzester Zeit. Ulrich Lüke kommentierte den Protest im General Anzeiger daraufhin unter der Überschrift „Blamabel“. *Im Folgenden eine Entgegnung von Lukas Mengelkamp:*

Es ist ein interessanter Zufall, dass Ulrich Lüke in seinem Kommentar im General Anzeiger vom 01.04.2014 ausgerechnet das Wort „blamabel“ benutzt, um den Protest gegen die so genannte Henry Kissinger Professur abzuqualifizieren. Denn im Rahmen des Dies Academicus im November des letzten Jahres bemerkte ein Bonner Asienwissenschaftler während eines Panels zur Henry Kissinger Professur, dass er aus dem akademischen Milieu wegen der geplanten Einrichtung der Professur unisono eine Rückmeldung erhalte: Eine Blamage für die Universität Bonn. Ich nehme an, dass Herr Lüke glaubt mit seinem Kommentar Schaden von der Universitätsstadt Bonn abzuwenden. Jedoch verwechselt er diejenigen die auf das Problem aufmerksam machen mit dem Problem. Herr Lükens Verteidigung der Henry Kissinger Professur stützt sich anscheinend nicht auf

eine genaue Untersuchung der Argumente der Kritiker der Professur. So schreibt er, Kissinger sei „beteiligt“ gewesen, an Kriegen und Interventionen. Kissinger war aber nicht nur „beteiligt“, sondern nahm eine federführende Rolle ein. Zudem übergeht Herr Lüke schlichtweg die Tatsache, dass die Ausweitung des Vietnamkriegs auf Kambodscha und Laos eine eklatante Völkerrechtsverletzung darstellte, da zwei neutrale Staaten ohne Kriegserklärung mit Krieg überzogen wurden. Wie veröffentlichte Dokumente beweisen, war den Entscheidungsträgern im Weißen Haus bewusst, dass sich in den Zielgebieten der Massenbombardierungen hunderte Zivilisten aufhielten. Am Ende starben durch die Angriffe der B-52 Bomber nicht hunderte, sondern hunderttausende.

Was ist mit den Interventionen in Lateinamerika? War Kissinger nur „beteiligt“? Den Gesprächsprotokollen nach war seine Rolle eine andere: Zusammen mit Präsident Nixon war er die treibende Kraft hinter der massiven Unterstützung rechter Militärs gegen die demokratisch gewählte Regierung unter Salvador Allende. Und dies, obwohl eine von Kissinger eigens eingesetzte Arbeitsgruppe aus CIA, State Departement und Pentagon ihm bescheinigte, dass von der Regierung in Chile keinerlei Gefahr ausginge. Kissingers Treiben führte dazu, dass einer seiner engsten Mitarbeiter, Viron P. Vaky, ihm vorwarf: „What we propose is patently a violation of our own principles and policy tenets.“ Kissinger war

also nicht nur „beteiligt“ an einer Intervention, die obendrein eine eklatante Verletzung des Völkerrechts darstellt.

Die Untersuchung von Kissingers Rolle ließe sich in den Fällen von Argentinien, Bangladesch und Osttimor fortsetzen. Die Quellenlage ist trotz Kissingers Versuchen, Dokumente zurückzuhalten, mittlerweile recht üppig. Kissinger ist deshalb noch kein „Kriegsverbrecher“, darüber sollten Gerichte entscheiden. In Bonn geht es aber nicht um die Frage, ob wir Kissinger hier vor Gericht stellen können, sondern um die Frage, ob eine solche Ehrung gerechtfertigt ist. Sollten wir ausgerechnet nach Henry Kissinger eine Professur für Völkerrecht benennen? Und hier lautet die die Antwort der Kritiker ganz klar: Nein. Henry Kissinger hat im Rahmen der Entspannungspolitik, aber auch der Beendigung des Jom-Kippur-Krieges Leistungen vollbracht. Doch können diese Leistungen nicht über den Bruch von Internationalem Recht und US-Gesetzen und US-Verfassung hinwegtäuschen. Nicht der Protest, sondern die Professur ist „blamabel“ für die UN-Stadt Bonn. Mal ganz abgesehen davon, dass mit der Professur zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik an einer zivilen Uni eine Professur vom Bundesverteidigungsministerium finanziert wird und damit ein weiterer Schritt der unlauteren Einflussnahme militärischer Akteure auf die Hochschul-landschaft erfolgt.

Wer aber meint, mit dem Studium werde man erwachsen...

**Veranstaltungen SS 20"**

- Di, 12<sup>te</sup> Plenum:  
"Punkt, Punkt, Komma, Strich"  
**Fertig ist das Arschgesicht**
- Di, 14<sup>te</sup> Seminar:  
"Hugo und Balzac"  
**ALK & Balzsack ♂**

Allerdings merke Helena schnell, dass man zumindest in Sachen Alkoholkonsum erwachsen werden sollte - vor Klausuren.

"Fichte vertitt die Ansicht, dass..." - boah, ist mir rüüübel...



Einmal hat sie das Gebot noch missachtet...

510 s.3  
Sean Paul! erklärt auf dem folgenden

Oh

Ihnen ist hoffentlich klar, dass Jean Paul kein Rapper war?

Blöder Wodka! Blöder Klausurbogen! Aber: Blackout = Knock-out, ergo Konzentration. Also, "Tanne vertitt die Ansicht, dass..." wärg,

Keine Parties mehr vor Klausuren.  
Rum macht dumm und Wein lass sein.

...und dann nie wieder...  
Was zur Hölle macht ihr in meinem Bett?!  
Ich hab' morgen Klausur und muss lernen!!

Wir lernen auch - Biologie

Leute! Könnt ihr nicht woanders wiffen? Ich muss lernen...

Aber so lernt es sich doch viel entspannter.

Okay, jetzt aber! "Kiefer vertitt die Ansicht..."

Studier' ich eigentlich Germanistik oder Ökologie?

Basti, kann ich bei dir...?

Ist grad' schlecht! Helena. Du kannst höchstens mit mir...

# Gotfried von Bouillon Reenactment Universität Bonn

## Studentische Gruppe sucht Mitglieder

Für alle geschichtlich interessierten Studenten, besonders diejenigen die eine Vorliebe für das Mittelalter haben, gibt es ab dem Sommersemester 2014 ein neues und spannendes Angebot: Geschichtsstudenten wollen durch die Gründung des Mittelalter Vereins der Uni Bonn, die lebendige und authentische Darstellung der Kunst, Kultur, des Handwerks und der Gesellschaft zur Zeit des beginnenden Hochmittelalters und darüber hinaus im Zeitraum vom 11. Bis zum 12. Jahrhundert vermitteln.

Studenten aller Studiengänge, insofern sie volljährig und an der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms Universität Bonn eingeschrieben sind, haben somit die Möglichkeit ihr Wissen über die geschichtliche Vergangenheit, durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse, auszubauen. Speziell behandelt werden hierbei die historiographischen, archäologischen und kunstgeschichtlichen Aspekte der teilnehmenden Völker des ersten Kreuzzuges.

Ziel des Mittelalter Vereins ist auch die Förderung studentischer Inter-

aktionen, sowie Studienanfängern ein vertiefen in die notwendigen Arbeitstechniken des Studiengangs Geschichte, insbesondere des Epochenmoduls Mittelalter, zu ermöglichen.

Durch die Teilnahme an mittelalterlichen Festspielen soll auch ein Gefühl für diese durchaus interessante Epoche geweckt werden.

Bei Interesse oder Fragen wendet euch an:

MAverein@gmx.de

*Dieser Beitrag ist eine Selbstdarstellung der studentischen Gruppe*

# Die Welt ein bisschen verbessern

## Das Referat für Ökologie sucht engagierte Unterstützung

Liebe StudentInnen,

wir, das Referat für Ökologie, sind immer auf der Suche nach neuen Mitgliedern, die Lust und Zeit haben sich gemeinsam mit uns für Nachhaltigkeit und einen umweltbewussten Umgang mit Ressourcen stark zu machen. Wir haben verschiedene Projekte, Veranstaltungen und Vorträge um mit Spaß unsere Inhalte zu vermitteln. Zum Beispiel den Kleidertausch, der auch in diesem Semester regelmäßig stattfindet, das klimafreundliche Kochen und diverse Vorträge mit Themen wie zum Beispiel zur Energiewende, Umweltpolitik und Nachhaltigkeit. Wir setzen uns für die Verbesserung der Fahrradinfrastruktur ein und bieten darüber

hinaus auch einen Fahrradmarkt mehrmals im Jahr an. Auch wer sein Gemüse von regionalen Bauern beziehen möchte, wird bei uns fündig. In Kooperation mit dem in Beuel ansässigen Bio-Bauern Momo bieten wir für StudentInnen wöchentlich frisches Obst und Gemüse an. Die Bio-Tüte ist jederzeit an- und abbestellbar! Die Produkte von Momo, werden auch für unser klimafreundliches Kochen verwendet, bei dem der Augenmerk auf Saisonalität der verwendeten Nahrungsmittel liegt und vegetarisch gekocht wird.

Habt ihr Ideen für weitere Projekte und Veranstaltungen? Gibt es ein Thema bezüglich Umwelt und Nachhaltigkeit was euch brennend

interessiert und über welches sich eurer Meinung nach eine Vortragsveranstaltung lohnt? Oder habt ihr sogar Interesse daran bei uns „Ökos“ mitzuwirken? Wir würden uns über Anregungen und besonders über neue Mitarbeiter immer sehr freuen!

Dein Referat für Ökologie!

E-Mail: [oeko@asta.uni-bonn.de](mailto:oeko@asta.uni-bonn.de)

Facebook:

[www.facebook.com/oekoreferatastabonn](http://www.facebook.com/oekoreferatastabonn)

Homepage:

[www.asta-bonn.de](http://www.asta-bonn.de) -> Referate -> Ökologie

Öffnungszeiten im Asta (Zimmer 6):  
Mittwochs 12:00 - 16:00 Uhr

# TERMINE

**Freitag, 11.04.14,**

**19:00 Uhr: Ersti-Sektempfang**

Der Startschuss mit Ersti-Tüte ins Semester, anschließend geht's ins Café Giornale am Kaiserplatz.

**Referatsraum/AStA-Flur, Nassestr. 11, Zimmer 11**

**Dienstag, 15.04.14,**

**19:00 Uhr: LesBiSchwule Vollversammlung & Spieleabend**

Diskutiert mit uns über unsere Arbeit und wählt die ReferentInnen fürs kommende Jahr. Im Anschluss laden wir euch zu einem bunten Abend mit Brettspielklassikern und Gesellschaftsspielen ein.

**GAP Jugendzentrum, Obere Wilhelmstr. 29, Bonn-Beuel**

**Dienstag, 22.04.14,**

**20:00 Die türkische Krise**

**Die türkische Krise**

Über Recep Tayyip Erdoğan, Fethullah Gülen und die Aktualität der Rackettheorie

Vortrag von und Diskussion mit Murat Yörük (Marburg) Murat Yörük ist Autor der Zeitschrift Bahamas. Zuletzt veröffentlichte er: „Der Apologet des Todes. Beim Wort genommen: Recep Tayyip Erdoğan“.

**Hörsaal 8, HG**

**Freitag 25.04.14,**

**17:20 Uhr: Szenebummel**

Wir erforschen, in Kooperation mit dem LUSK, die vielfältige Kölner Szene.

**Treffpunkt: 17 Uhr Referatsraum/AStA, Nassestr. 11, Zimmer 11 / 17:20 Uhr Bonn Hbf, Gleis 1**

**Samstag: 26.04.14,**

**11:00 Uhr: Ersti-Brunch**

Unterhaltet euch in gemütlicher Atmosphäre mit ande-

ren Studierenden bei Milchkaffee, Brötchen und Croissants.

**Treffpunkt: 10:30 Uhr vor der Mensa, Nassestr. 11 / 11 Uhr GAP Jugendzentrum, Obere Wilhelmstr. 29, Bonn-Beuel**

**Montag: 28.04.14,**

**19:00 Uhr: Filmreihe „Queer Monday“**

Diesmal im Programm: „Easy Abby“ von Wendy Jo Carlton und mit Lisa

Cordileone, Emily Shain sowie Mouzam Makkar.

Recht ziellos driftet Abby durch ihren Alltag in Chicago, der aus

Affären, Gelegenheitsjobs und Treffen mit ihren Freundinnen besteht. Aus

ihrem üblichen Rhythmus kommt sie erst, als sie Danielle kennenlernt.

Spielfilm aus der ziemlich frech und frei produzierten Web-Serie

(Originalfassung mit Untertiteln).

*Veranstalter: Ingeborg Boxhammer & Heike Janes*  
**Brotfabrik, Kreuzstraße 16, 53225 Bonn (Beuel)**

**Montag, 28. April 2014**

**19:00 Uhr: Cryptoparty an der Uni Bonn**

Vortragsreihe zur Computersicherheit

2. Vortrag „E-Mail- und Festplattenverschlüsselung“

Referent: Jochim Selzer (AK Vorrat Köln/Bonn)

Längst ist Sicherheit im Internet mehr als ein Steckenpferd paranoider IT-Profis. Alle haben Daten von sich, die besser nicht bekannt werden, und sei es nur die Konto-PIN. Einige sorgen sich darum, dass Google und Facebook zu viel über sie wissen, oder fühlen sich unwohl beim Gedanken, dass jemand ihre Mails mitliest. Für Juristen, Ärzte und Geschäftsleute ist es lebensnotwendig Berufsgeheimnisse zu wahren.

Perfekte Sicherheit ist unmöglich, aber wenigstens gibt es Programme, die das digitale Leben erheblich sicherer gestalten. Meist lassen sie sich sowohl leicht installieren als auch benutzen, aber gerade Laien möchten nicht lange Fachartikel lesen, sondern wollen einfach an ihrem Gerät gezeigt bekommen wie es geht. Genau dafür gibt es die Cryptoparty.

*Veranstalter: IT-Referat des AStA*  
**Hörsaal XVII (Hauptgebäude)**